

25. IV. 1917

972

Die deutschen Kriegsziele.

Eine amtliche Ablehnung der sozialdemokratischen Friedensformel.

Berlin, 24. April.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: An die Reichsleitung wird erneut von zwei Seiten die dringende Aufforderung gerichtet, im Kampfe der Meinungen über die Kriegsziele Stellung zu nehmen. Anlaß zu dieser Aufforderung hat die Erklärung der sozialdemokratischen Partei gegeben, die sich in Wiederholung der früheren Erklärungen für einen „Frieden ohne Annexionen und Kriegsentwädigungen“ ausspricht. Von dieser Seite wünscht man, daß die Regierung sich diesen Inhalt der Resolution zu eigen mache. Die Gegenseite verlangt, daß der Reichskanzler entschieden die sozialdemokratische Erklärung bekämpfe.

Seit der Freigabe der Kriegszielerörterungen hat unsere Oeffentlichkeit die weitestgehende Möglichkeit, ihre Ansichten zum Ausdruck zu bringen. Die Grenze, innerhalb deren sie sich halten will, muß durch vaterländisches Gewissen bestimmt werden. Die Regierung hat, was von ihr über die Kriegsziele gesagt werden kann, mitgeteilt und kann gegenwärtig keine weiteren Erklärungen geben. Sie wird unbeeinträchtigt durch das Drängen von beiden Seiten den Weg weitergehen, den ihr Gewissen und Verantwortung vor dem Lande vorschreiben. Ihre Aufgabe ist es, so bald als möglich den Krieg zu einem glücklichen Ende zu bringen. Dem stehen vor allem die wahnwitzigen Kriegszielforderungen unserer westlichen Feinde entgegen. Die feindliche Presse schreibt unzweifelhaft unter strengen Bedingungen. Aber trotzdem bleibt es doch bemerkenswert, daß sie weder in der Frage der Annexionen, noch in der Frage der Kriegsentwädigungen die geringsten Abstriche von ihren unsinnigen Forderungen gemacht hat. Aus englischen und französischen Blättern, kann man sich täglich überzeugen, daß die militärische Offensive von einem Trommelfeuer auf der ganzen Pressefront begleitet wird. Blond George zieht die „Hindenburglinie“ am Rhein und die französischen Blätter sonnen sich in dem Gedanken, daß Wilson, noch kein Wort amerikanischen Widerspruchs gehört hat. Auch in der Aufstellung ihrer Entschädigungsideen sind die Franzosen nicht faul. 16 Milliarden jährlich hat sich der „Matin“ herausgerechnet. Das sind aber Zahlen, die von anderen Blättern längst überholt sind. In dem weit verbreiteten „Journal“ verurteilt jemand das deutsche Volk zu langjähriger Sklavenarbeit, damit Frankreich wirtschaftlich alles wieder hereinbringe, was es durch den Krieg verloren hat. Wir erinnern daran, daß dieser Gedanke schon vor einer Reihe von Monaten mit wissenschaftlichem Ernst in englischen Zeitschriften erörtert worden ist.

Glauben die deutschen Sozialdemokraten, gegen diese Ideen unserer Feinde im Westen durch ihre Formulierungen aufzukommen? Sie werden Enttäuschungen erleben. Auch in Rußland, wo die Verhältnisse noch im Fluß sind, fehlt es keineswegs an Kriegszielaussäuerungen, in denen man den Einfluß der westlichen Bundesgenossen erkennt. Unsere Feinde sehen bei allem, was bei uns geschieht, darauf, ob es zur Aufmunterung ihrer eigenen schwer leidenden Bevölkerung ausgenützt werden kann. Die Urheber der sozialdemokratischen Resolution haben dies bei ihrem Beschluß, durch den sie den Frieden fördern wollten, nicht mit in die Rechnung eingestellt. Wenn nun aber in einem Berliner Blatt von einem Abwund geschrieben wird, vor dem wir stehen und in den uns die sozialdemokratische Partei hineinreihen will, kann diese Tonart nur Schaden anrichten. So stehen die Dinge in Deutschland nicht und in solchem Lichte, sollte man sie auch vor dem Auslande nicht erscheinen lassen. Eine starke, zum Siege führende Politik verlangt Einheit im Innern und in dem starken Willen zu hegreicher Verteidigung des Vaterlandes ist sie vorhanden.